

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Burchardt, Michael Müller (Düsseldorf), Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Reinhard Loske, Franziska Eichstädt-Bohlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/9056 –**

Nachhaltige Entwicklung – neuer Gestaltungsansatz für die Globalisierung

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Klaus-Jürgen Hedrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/9024 –**

Initiative für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Ulrike Flach, Marita Sehn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/9091 –**

Libérale Akzente einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

A. Problem

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/9056 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, den erfolgreich eingeschlagenen Pfad einer Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft konsequent weiterzuverfolgen und insbesondere die in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgezeigte neue Gestaltungsaufgabe in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Für die Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie werden verschiedene Vorgaben spezifiziert, die sich u. a. darauf richten, das Indikatorensystem weiterzuentwickeln, die vorhandenen Einzelindikatoren in einigen prägnanten Leitindikatoren zu bündeln

und die programmatischen Schwerpunktfelder hinsichtlich ihrer Ziele und Maßnahmen zu konkretisieren. Der Antrag enthält darüber hinaus die Empfehlung an den 15. Deutschen Bundestag, ein Gremium für nachhaltige Entwicklung einzusetzen, das geeignet ist, Langzeit- und Querschnittsfragen zu behandeln.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/9024 soll die Bundesregierung unter Hinweis auf den dynamischen Charakter einer nachhaltigen Entwicklung als einem offenen gesellschaftlichen Such-, Dialog- und Lernprozess mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimension zu einer in 28 Einzelpunkten konkretisierten Nachhaltigkeitspolitik aufgefordert werden, darunter u. a. die Forderungen, grundsätzlich alle Optionen für die Nutzung sämtlicher verfügbarer Energieträger einschließlich der Kernenergie offen zu halten, zur Förderung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien marktkonforme Instrumente zu entwickeln und einzusetzen, den Klimaschutz durch nationale Kooperation und den Einsatz aller durch das Kyoto-Protokoll festgelegten flexiblen Instrumente voranzutreiben und beim Umweltschutz verstärkt auf flexible marktwirtschaftliche Instrumente zu setzen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/9091 soll die Bundesregierung unter Hinweis auf die vielfältigen konzeptionellen Anforderungen an eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufgefordert werden, in den Bereichen „Bildung“, „Wissenschaft und Forschung“, „Klimaschutz“, „Energie“, „Mobilität“ und „Ernährungspolitik“ eine Reihe im Einzelnen spezifizierter Maßnahmen zu ergreifen, darunter u. a. die Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung durch die so genannte Ökosteuer, die Entwicklung eines klimapolitischen Gesamtkonzepts unter Nutzung der flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls, die Vorlage eines flexiblen, leistungsfähigen und marktwirtschaftlichen Konzepts zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger sowie die Realisierung eines ausgewogenen Energiemixes ohne Privilegierung oder gezielten Ausschluss einzelner Energieträger.

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9056 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9091 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme eines der abgelehnten Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/9056 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/9024 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/9091 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2002

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Berichtersteller

Dr. Paul Laufs
Berichtersteller

Winfried Hermann
Berichtersteller

Birgit Homburger
Berichterstatte^rin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatte^rin

Bericht der Abgeordneten Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dr. Paul Laufs, Winfried Hermann, Birgit Homburger und Eva Bulling-Schröter

I.

Die Anträge auf den Drucksachen 14/9056, 14/9024 und 14/9091 wurden in der 236. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2002 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Zugleich wurden der Antrag auf Drucksache 14/9056 zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und den

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen,

der Antrag auf Drucksache 14/9024 zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen und

der Antrag auf Drucksache 14/9091 zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

	Drucksache 14/9056	Drucksache 14/9024	Drucksache 14/9091
Auswärtiger Ausschuss	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: –	—	—
Innenausschuss	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: 0	—	—
Finanzausschuss	Annahme SPD: + CDU/CSU: 0 BÜ90/GR.: + FDP: 0 PDS: 0	—	—
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: –	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ90/GR.: – FDP: – PDS: –	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: 0 BÜ90/GR.: – FDP: + PDS: –
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Annahme SPD: + CDU/CSU: 0 BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: –	—	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ90/GR.: – FDP: + PDS: –

	Drucksache 14/9056	Drucksache 14/9024	Drucksache 14/9091
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: +	—	—
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: –	—	—
Ausschuss für Gesundheit	Verzicht auf Votum SPD: CDU/CSU: BÜ90/GR.: FDP: PDS:	—	—
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: /	—	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ90/GR.: – FDP: + PDS: /
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	—	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ90/GR.: – FDP: + PDS: –	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ90/GR.: – FDP: + PDS: –
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ90/GR.: + FDP: – PDS: 0	Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ90/GR.: – FDP: 0 PDS: 0	—

Legende: + = Ja; – = Nein; 0 = Stimmenthaltung; / = Abwesenheit

II.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/9056 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, den erfolgreich eingeschlagenen Pfad einer Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft konsequent weiterzuverfolgen und insbesondere die in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgezeigte neue Gestaltungsaufgabe in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Für die Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie werden verschiedene Vorgaben spezifiziert, die sich u. a. darauf richten, das Indikatorensystem weiterzuentwickeln, die vorhandenen Einzelindikatoren in einigen prägnanten Leitindikatoren zu bündeln und die programmatischen

Schwerpunktfelder hinsichtlich ihrer Ziele und Maßnahmen zu konkretisieren. Der Antrag enthält darüber hinaus die Empfehlung an den 15. Deutschen Bundestag, ein Gremium für nachhaltige Entwicklung einzusetzen, das geeignet ist, Langzeit- und Querschnittsfragen zu behandeln.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/9024 soll die Bundesregierung unter Hinweis auf den dynamischen Charakter einer nachhaltigen Entwicklung als einem offenen gesellschaftlichen Such-, Dialog- und Lernprozess mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimension zu einer in 28 Einzelpunkten konkretisierten Nachhaltigkeitspolitik aufgefordert werden, darunter u. a. die Forderungen, grundsätzlich

alle Optionen für die Nutzung sämtlicher verfügbarer Energieträger einschließlich der Kernenergie offen zu halten, zur Förderung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien marktkonforme Instrumente zu entwickeln und einzusetzen, den Klimaschutz durch nationale Kooperation und den Einsatz aller durch das Kyoto-Protokoll festgelegten flexiblen Instrumente voranzutreiben und beim Umweltschutz verstärkt auf flexible marktwirtschaftliche Instrumente zu setzen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/9091 soll die Bundesregierung unter Hinweis auf die vielfältigen konzeptionellen Anforderungen an eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufgefordert werden, in den Bereichen „Bildung“, „Wissenschaft und Forschung“, „Klimaschutz“, „Energie“, „Mobilität“ und „Ernährungspolitik“ eine Reihe im Einzelnen spezifizierter Maßnahmen zu ergreifen, darunter u. a. die Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung durch die so genannte Ökosteuer, die Entwicklung eines klimapolitischen Gesamtkonzepts unter Nutzung der flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls, die Vorlage eines flexiblen, leistungsfähigen und marktwirtschaftlichen Konzepts zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger sowie die Realisierung eines ausgewogenen Energiemixes ohne Privilegierung oder gezielten Ausschluss einzelner Energieträger.

III.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“, der ihm auf Ausschussdrucksache 14/667 vorlag, in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 in Anwesenheit von Staatsminister Hans Martin Bury vom Bundeskanzleramt behandelt. Zu dieser Sitzung waren auch die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, des Ausschusses für Gesundheit, des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Ausschusses für Kultur und Medien eingeladen.

Die Anträge auf den Drucksachen 14/9056, 14/9024 und 14/9091 hat der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zusammen mit dem Bericht der Bundesregierung über die Perspektiven für Deutschland – Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 14/8953 in seiner 83. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten.

Von Seiten der Fraktion der SPD wurde ausgeführt, der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/9056 knüpfe an dem inhaltlich sehr aufschlussreichen Bericht der Bundesregierung über die von ihr erarbeitete nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 14/8953 an. Nachhaltige Entwicklung sei ein neuer Gestaltungsansatz der Politik als Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung und eine politische Querschnittsaufgabe. Der Antrag greife die vier Koordinaten der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt, internationale Verantwortung – sowie die diesen Schlüsselbegriffen als Prüfkrite-

rien zugeordneten insgesamt 21 Indikatoren auf. Die Indikatoren unterstrichen den Querschnittscharakter der zu leistenden Aufgabe. Eine Umsetzung der mit ihnen verknüpften Zielsetzungen werde dramatische Auswirkungen auf die verschiedenen Politikbereiche haben. Der Antrag setzte sich für eine qualitative und über die bisher betrachteten Fristen hinausgehende Weiterentwicklung des Indikatorensystems im Interesse größtmöglicher Transparenz der Nachhaltigkeitspolitik ein. In diesem Zusammenhang werde angeregt zu prüfen, ob die vorhandenen Einzelindikatoren aus Praktikabilitätsgründen in einigen prägnanten Leitindikatoren gebündelt werden könnten. Die Antragsteller hielten eine Intensivierung der eigenen Anstrengungen des Deutschen Bundestages für eine nachhaltige Entwicklung für erforderlich. Daher werde in dem Antrag auf Drucksache 14/9056 angeregt, dem 15. Deutschen Bundestag zu empfehlen, ein Gremium für nachhaltige Entwicklung einzurichten, das geeignet sei, Langzeit- und Querschnittsfragen zu behandeln. Was die Anträge auf den Drucksachen 14/9024 und 14/9091 anbelange, schließe man sich im Ergebnis den Ausführungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an; beide Anträge würden abgelehnt.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde kritisiert, der Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/8953 sowie der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/9056 ließen eine klare Abgrenzung des Begriffs Nachhaltigkeit vermissen; statt sich die Kriterien der „Brundtland-Kommission“ von 1987 und der in Rio de Janeiro 1992 unterzeichneten Agenda 21 zu Eigen zu machen, sei dieser Begriff in beiden Vorlagen durch inhaltliche Unschärfe und Beliebigkeit gekennzeichnet. Die Koalitionsfraktionen hätten einen eher technokratisch-planerischen Ansatz gewählt, der durch vier Koordinaten und eine Zusammenstellung von sieben inländisch ausgerichteten Handlungsfeldern geprägt werde, ergänzt durch Ausführungen zur globalen Verantwortung. Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU sei eine nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung dagegen ein evolutionärer Prozess, der in einem engen internationalen Kontext stehe. Diese internationale Dimension werde von den Koalitionsfraktionen weitgehend ausgeblendet. Statt darauf einzugehen, dass zur Lösung der globalen Probleme ein gleichzeitiges Handeln der Industrie- und der Entwicklungsländer einschließlich der Lösung damit verbundener komplexer Fragen, etwa von Transfer- und Mentalitätsproblemen, erforderlich sei, beschränke man sich im Wesentlichen auf von der deutschen Binnensicht geprägte Schritte. Die Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfüge über die parlamentarische Mehrheit. Es sei ihre Aufgabe darzulegen, welche konkreten Ziele und Maßnahmen sie im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie realisieren wolle, ob sie beispielsweise den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 % gegenüber dem Jahr 1990 reduzieren wolle und durch welche Maßnahmen dies im Falle einer Bejahung der Frage konkret geschehen solle. Die Fraktion der CDU/CSU habe ihre Vorstellungen zu einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in dem Antrag auf Drucksache 14/9024 dargelegt. Hierunter finde sich u. a. die Aufforderung, die Such- und Optimierungsprozesse des Marktes zu nutzen. Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/9056 werde abgelehnt, dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 14/9091 werde man dagegen zustimmen.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Kritik entgegengehalten, die Bundesregierung habe einen differenzierten Ansatz für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt, der viele der in der einschlägigen Diskussion vorgetragenen Forderungen aufgegriffen und integriert habe und insgesamt keineswegs unpräzise formuliert sei. In vielen Bereichen habe sich die Bundesregierung um die Vorgabe konkreter Ziele und Zeitpläne bemüht, auch wenn dies nicht immer einfach gewesen sei. Im Ergebnis sei eine neue Form von politischer Strategie entwickelt worden. Bei dem von der Bundesregierung vorgelegten Bericht handele es sich um einen ersten Strategieentwurf, der in einigen Bereichen weiter konkretisiert, ausdifferenziert und fortentwickelt werden müsse, etwa im Hinblick auf das Indikatorensystem sowie die langfristigen Perspektiven für eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes und die damit verbundenen strukturellen Konsequenzen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen mache deutlich, wo und in welcher Richtung der Strategieentwurf weiterzuentwickeln und zu verbessern sei. Was den Antrag der Fraktion der CDU/CSU anbelange, habe man eine konkretere Formulierung ihrer Vorstellungen und Kritikpunkte erwartet. Die einzelnen Forderungen seien weitgehend unpräzise gefasst, auch seien eine Reihe von Forderungen bereits politisch aufgegriffen und umgesetzt worden. Der Antrag sei daher vielfach nicht mehr aktuell. Nicht konsensual sei die Forderung der Fraktion der CDU/CSU nach einer Einbeziehung aller Energieträger einschließlich der Kernenergie in

eine nachhaltige Energieversorgung. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten müsse vielmehr zwischen den einzelnen Energieträgern ausgewählt werden. Kritisch zu beurteilen sei auch die weitgehende Identifikation einer marktwirtschaftlichen mit einer nachhaltigen Entwicklung. Der Antrag der Fraktion der FDP sei noch kritischer zu beurteilen als der Antrag der Fraktion der CDU/CSU; er enthalte zahlreiche inhaltlich wenig aussagefähige, vielfach auch nicht mehr aktuelle Forderungen. Die von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP vorgelegten Anträge würden abgelehnt.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/9091 abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/9024 abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/9056 anzunehmen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Berichtersteller

Dr. Paul Laufs
Berichtersteller

Winfried Hermann
Berichtersteller

Birgit Homburger
Berichtersterlin

Eva Bulling-Schröter
Berichtersterlin

